

Neue

Wischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. (S. 5.)

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Pauli, Wilhelminenstraße 20.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Nummer: 4051.

Herausgeber: W. Gramm, Hamburg. Verantwortlicher Redakteur: Louis Jacobs, Hamburg.
Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei E. Jensen & Co. in Hamburg, Paulstr. 36, angenommen.

Inserate für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholungen Rabatt, für Stellenvermittlung 10 Pf. per Petitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Zur gefälligen Beachtung!

Vom 1. Oktober ab befindet sich die Redaktion und Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung“ nicht mehr Wilhelminenstr. 20, sondern in

Hamburg-Cimsbüttel, Bismarckstraße.

Desgleichen machen wir unsere Leser, welche mit dem Vorstande der Zentral-Kranken- und Sterbekasse zu korrespondieren haben, darauf aufmerksam, daß sich dessen Bureau vom gleichen Tage an ebenfalls in Hamburg-Cimsbüttel, Bismarckstraße, befindet.

Redaktion und Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung.“

Zum Krieg gegen die freien Hilfskassen.

Ein neuer Feldzug scheint gegen die freien Hilfskassen geplant, ja in gewissen maßgebenden Kreisen vielleicht schon beschlossene Sache zu sein.

Als seinerzeit im Reichstage das Krankenversicherungsgesetz beraten und beschlossen wurde, fehlte es nicht an Bemerkungen, welche erkennen ließen, daß man am Ministertische sowohl, wie auf der rechten Seite des Hauses den freien Hilfskassen überhaupt nicht grün ist und es dort am liebsten gesehen würde, wenn man sie auf gute Manier aus der Welt schaffen könnte. Einfach unterdrücken, indem man sie nicht mit in die Reihe der dem Versicherungszwang genügenden Kassen aufnahm, das ging damals nicht gut an. Denn erstens sollte ja das Krankenversicherungsgesetz der Anfang sein von einer ganz neuen, bis dato in der Weltgeschichte in seiner Art noch nicht dagewesenen Gesetzgebung, einer Gesetzgebung, die bestimmt ist, den „enterbten und nothleidenden Klassen“ ihre Lebenslage zu verbessern und die mit den Zuständen in Staat und Gesellschaft unzufriedenen Arbeiter wieder zufrieden zu stellen. Diese Gesetzgebung nun damit einzuleiten, daß man die von den Arbeitern oft mit großen Mühen und Opfern freiwillig errichteten Kassen unmöglich machte, obwohl sie in materieller Beziehung meistens mehr leisteten, als die geplanten Zwangskassen leisten sollten, das war inopportun, das hätte die Arbeiter auf falsche Gedanken über den Zweck der Sozialreform bringen können. Außerdem hatten die das Lied von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit so schön flötenden Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine in den Bourgeois der verschiedenen Parteien des Reichstags einflussreiche Schützer und Fürsprecher, die nicht zulassen durften, daß die freien Hilfskassen ganz unterdrückt wurden,

wenn nicht die ganzen Gewerkvereine sofort mit verschwinden sollten.

So kam es denn, daß die freien Hilfskassen im Krankenversicherungsgesetz zwar mit anerkannt, jedoch zugleich auch durch dasselbe ihnen das Leben so sauer wie möglich gemacht wurde. Auch mag wohl die Ansicht mit vorgeherrschet haben, die freien Hilfskassen würden auf die Dauer nicht mit den Zwangskassen konkurrieren können und freiwillig das Feld räumen. In dieser Beziehung hatte man namentlich dem vom Arbeitgeber zu zahlenden Drittel der Beiträge Wunderkraft zugetraut und geglaubt, die Arbeiter würden sich ganz von selbst den „billigeren“ Zwangskassen zuwenden.

Aber es kam anders.

Es zeigte sich bald, daß die neuen Zwangskassen aller Gattungen, trotz der ihnen verliehenen Privilegien, nicht nur nicht billiger, sondern im Verhältnis zu ihren Leistungen meistens weit theurer für die Arbeiter wurden. Und auch dort, wo durch besondere Umstände eine freie Kasse in schlechteren Verhältnissen sich befand, und um namentlich den vorgeschriebenen Reservefonds anzukummeln, der bei den freien Kassen, infolge ihrer bedeutend höheren Leistungen, natürlich auch verhältnismäßig bedeutend höher sein muß, als bei den Zwangskassen, die Mitglieder folglich auch größere Opfer bringen mußten, sind es doch nur wenige Arbeiter gewesen, die ihren freien Kassen dieserhalb den Rücken gekehrt haben. Im Gegentheil, die Zahl der Mitglieder ist seit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes von Jahr zu Jahr bedeutend gewachsen, so daß im Jahre 1886 bereits drei Viertel Millionen Arbeiter in freien Hilfskassen versichert waren.

Auch die sonstigen Hindernisse, die diesen Kassen inzwischen, namentlich durch die neuentdeckte „Nachprüfung“ der Statuten, von vielen Behörden, und vor Allem von den Ortskassen bereitet worden, haben ihre Existenz nicht erschüttern können. Wo irgend eine Ortskasse entdeckt hatte, daß in dem Statut einer freien Kasse ein Lüpfelchen über einem i fehlte, da hat diese einfach ein solches darüber gesetzt.

Auch in Bezug auf den Reservefonds stehen heute die meisten der freien Kassen weit günstiger, als die Mehrzahl der Zwangskassen, obgleich auch erstere durch sogenannte Klassenmarder viel zu leiden gehabt und noch leiden. Das Interesse, welches die Mehrzahl der Mitglieder für die von ihnen selbst errichteten und geleiteten Kassen hat, ist es eben, was sie hat alle Schwierigkeiten überwinden lassen. Und weil dem so ist, so haben schon seit längerer Zeit alle jene

denen diese Kassen ein Dorn im Auge sind, weil sie einen mächtigen Ansporn zum selbstständigen Denken und Handeln für die Arbeiter bilden, auf Mittel und Wege gesonnen, wie den freien Kassen auf wirksamere Weise beizukommen sei. Jetzt scheint man sich nun über die Mittel und Wege klar zu sein, um zum Angriff vorzugehen.

Die Berliner „Volkzeitung“ schreibt hierüber Folgendes:

Wenn vielleicht irgendwo bisher noch Zweifel darüber bestanden haben, daß die freien Hilfskassen demnächst einen Feldzug zu gewärtigen haben, welcher direkt gegen ihre Existenz gerichtet sein wird, so sind nach einigen in den allerletzten Tagen durch die Blätter gegangenen offiziellen Verkündigungen solche Zweifel kaum noch erlaubt. Schon im Januar bei Gelegenheit der Etatsberatungen im Reichstage wurde diese den Hilfskassen drohende Gefahr ziemlich deutlich durch gewisse Auslassungen des Staatssekretärs von Bötticher offenbart. In der Zwischenzeit hat es an offiziellen Auslassungen nicht gefehlt, in welchen versucht wurde, die Größe dieser Gefahr zu verunsichern, und auch in den nächstbetheiligten Kreisen, den Kreisen der bedrohten Kassen selber, hat man allmählig wieder begonnen, sich einer gewissen Sorglosigkeit hinzugeben. Wie wenig berechtigt aber diese letztere war, läßt der Ton, den die „Nordd. Allgem. Btg.“ und Herr Schweinburg in seinen „Verl. Pol. Nachr.“ soeben gegen die Hilfskassen anschlagen, leider nur allzu genau erkennen.

Es gab eine Zeit, wo die Leiter unserer modernen sozialpolitischen „Reform“, und zwar insbesondere Herr von Bötticher, sich an der gerechten Forderung genügen ließen, „Licht und Schatten“ — um eine wiederholt von ihnen gebrauchte Wendung zu benutzen — wirklich gleich zwischen den Zwangs- und den freien Hilfskassen vertheilt zu sehen. Unter diesem „gleich“ vertheilten Licht und Schatten verstand Herr von Bötticher damals, daß die freien Kassen gegenüber den bei ihnen versicherten auf keinen Fall weniger leisten dürfen, als die Zwangskassen gegenüber ihren Mitgliedern. Eine solche Forderung dürfte auch der vornehmste Anhänger des freien Kassenwesens gut heißen, denn selbst bei der größten Vorliebe für freie, auf Selbstverwaltung begründete Einrichtungen darf man nicht übersehen, daß in vorderster Linie ein für alle Male das Interesse des erkrankten Arbeiters zu stehen hat, und daß daher, wenn dieses Interesse bei den Zwangskassen wirklich besser gewahrt erschiene, als bei den freien, diese letzteren ihre Leistungen auf das Niveau jener zu erhöhen hätten, falls sie als existenzberechtigt noch gelten wollen. Noch im Januar d. J. gab Herr von Bötticher diese Auffassung gleichen Lichts und Schattens als die seinige kund mit der nachdrücklichen Wendung: „Wenn die freien Kassen nicht weniger, sondern sogar mehr leisten als die Zwangskassen, dann — à la bonne heure, dann brauchen wir ihnen ja auch nicht zu Leibe zu gehen.“

Nur wenige Tage später gab derselbe Herr von Bötticher derjenigen total veränderten Auffassung von „Licht und Schatten“ Ausdruck, welche gegenwärtig wiederum in den offiziellen Äußerungen zu spüren anfängt. Ganz urplötzlich fand er eine vermeintlich ungleiche Vertheilung von Licht und Schatten bereits darin, daß die freien Kassen, im Gegensatz zu den Zwangskassen, uneingeschränkt in der Aufnahme ihrer Mitglieder seien und alte und kränklige Personen zurückweisen dürften. Weiter ausgeführt wird das jetzt in dem Schweinburg'schen Organ — und die „Nordd. Allg. Btg.“

brucht es behaglich nach — wie folgt: „Wenn die freien Hilfsklassen etwa wirklich in ihren Leistungen die anderen Klassen übertreffen sollten, so liege das einzig und allein an dem Umstande, daß sie vor anderen Klassen das „Privileg“ der Auswahl ihrer Mitglieder voraus hätten. Nichts Anderem, als diesem „Privileg“ hätten sie es zu verdanken, wenn sie ihren Mitgliedern reichlichere Unterstüßungen als andere Klassen zu gewähren im Stande sein sollten. Und die angeblichen Erfolge der freien Klassen hätten ihre Ursache einzig und allein in diesem Privileg, welches die anderen Klassen zu schädigen bereits im Stande gewesen sei.“

In der Zwischenzeit zwischen Januar und der Gegenwart hatte eine Deputation von Vorstandsmitgliedern freier Hilfsklassen einmal eine Audienz bei dem Herrn Staatssekretär nachgesucht und, wenn die damaligen Meldungen der Blätter richtig waren, auch wirklich einige beschwichtigende Versicherungen aus demselben herausgelockt. Nebenfalls hatte Herr v. Bötticher zugefagt, die ganze Sachlage nochmals wohlwollend bezw. unbefangenen zu „prüfen“. Die Art, wie sich jetzt der „wohlunterrichtete“ Freund des Herrn v. Scholz über das „Privileg“ der freien Klassen ausspricht, läßt nun wohl deutlich genug das Ergebnis dieser Prüfung durchblicken. Nämlich: es bleibt bei der Auffassung der leitenden Kreise, daß die unbeschränkte Freiheit der Hilfsklassen in Bezug auf Aufnahme ihrer Mitglieder als ein Privileg, also als ungleiche Verteilung von Licht und Schatten zwischen den verschiedenen Arten der Klassen betrachtet wird. Und folgerichtig bleibt es auch dabei, daß man in leitenden Kreisen es als Aufgabe der Gesetzgebung ansieht, dieser Ungleichheit ein Ende zu machen, das heißt: gleichwie den Zwangsklassen, so auch den freien Klassen die Pflicht aufzuerlegen, Jedermann, der sich zur Ausnahme meldet, aufzunehmen zu müssen, ohne Rücksicht auf Körperzustand und Alter.

Es ist schwer begreiflich, wie das Ergebnis der erneuten Prüfung, welche der Herr Staatssekretär vorgenommen hat, in diesem Sinne hat ausfallen können. Will man schon einmal die Frage nach Licht und Schatten aufwerfen, so ist es doch ein sehr einseitiges Verfahren, wenn man die „Gleichheit“ zwischen den Zwangs- und den freien Klassen nur gerade in denjenigen Punkten herzustellen bemüht ist, wo das „Licht“ auf Seiten der freien Klassen überwiegt, während man die Gleichmacherei in all den Punkten ablehnt, wo der Vorteil offenbar auf Seiten der Zwangsklassen liegt. Oder geht etwa die Reichsregierung mit der Absicht um, den freien Klassen unbeschadet ihrer Selbstverwaltung auch dasjenige Drittel der Beiträge zu sichern, welches bei den Zwangsklassen von den Arbeitgebern getragen wird, bei den freien Klassen dagegen bisher von den Arbeitern aufgebracht wird? Daß sich die Regierung mit einer solchen Absicht trüge, ist weder jemals bekannt geworden, noch auch darf es irgendwie als wahrscheinlich angenommen werden. Und ferner: liegt etwa die Absicht vor, den Arbeitern, welche bei den freien Hilfsklassen versichert sind, diejenige Mitwirkung im Rahmen des Unfallversicherungswesens zuzuwenden, welche den Zwangsklassen zusteht? Oder will man wenigstens für die sich innerhalb dreizehn wöchentlichen Karenzzeit abspielenden, den Krankenkassen zur Last fallenden Unfälle die freien Klassen um ein Drittel der Ausgabe entlasten, welches bei den Zwangsklassen durch die Arbeitgeber aufgebracht wird? Auch auf diese beiden Fragen ist eine bejahende Antwort im höchsten Grade unwahrscheinlich. Aber wie kommt man denn, wenn man in all diesen Beziehungen „Licht und Schatten“ nicht gleichmäßig zwischen jenen und diesen Klassen verteilen will, dazu, lediglich in der einen Beziehung der Mitgliedsaufnahme die gleiche Verteilung dessen, was man Licht und Schatten zu nennen beliebt, erzwingen zu wollen!

Wie feindlich auch die gegenwärtige Strömung in den maßgebenden Kreisen den freien Organisationen ist, so müßte doch eine wirklich unbefangene „Prüfung“ auch den Widerwilligsten darüber belehren, daß eine tatsächlich gleiche Verteilung von Vor- und Nachteilen der beiderlei Klassenarten eher gestört als gefördert wird, wenn man die einzig und allein auf die Arbeiterbeiträge angewiesenen freien Klassen nun auch noch dem Zwange in Bezug auf die Aufnahme von Mitgliedern unterwirft. Wirkliche Gerechtigkeit kann diesen Klassen unmöglich solch ein Recht nehmen, das durch Verzicht auf die genannten anderen, den Zwangsklassen gewährten Begünstigungen gerade ihrer genug erkauft ist.

Eine Streit-Versicherung für Unternehmer.

(Schluß.)

Sodann vertritt er sich zu folgenden Behauptungen: „Den Arbeitgebern kann es schließlich gleich sein, welchen Lohnsatz sie zahlen, denn steigt der Lohn allgemein, so wird eben dementsprechend die Waare theurer, dem Arbeiter nützen eben die höheren Löhne gar nichts, denn es wird Alles theurer, z. B. je höher die Maurerlöhne steigen, desto theurer werden die Neubauten, und desto höher steigen alle alten Gebäude an Werth, desto höher steigen aber auch die Miethen zum Schaden aller Nicht-Hausbesitzer.“

„Die Hausbesitzer haben also nur den realen Nutzen von einem erfolgreichen Maurerstreik, verhältnismäßig viel viel mehr, als die Maurer selbst, da dieselben dann auch höhere Miethen zahlen müssen.“

„Man kann daher wohl auch mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die größeren Beiträge, welche den Streiklassen ohne Nennung des Namens zugehen, von Häuserpekulanten herrühren.“

„Das schnelle Steigen der Löhne und die damit in Zusammenhang stehende Vertheuerung hat aber noch den großen Nachtheil, daß das flüssige, in Geschäften arbeitende Kapital an Werth verliert, resp. im Werthe nicht mitsteigt, und die Menschen sich nicht so bald zur Ruhe setzen können, um von den Zinsen zu leben, wodurch sie der jüngeren Generation Platz machen, und nur konsumieren, anstatt weiter Konkurrenz zu machen; am empfindlichsten wird dadurch der Mittelstand, der wohlhabende Handwerker, und der kleine Kaufmann, welche sich ein paar Thaler mühsam zusammengespart haben, geschädigt, ohne daß dem Arbeiter geholfen ist; behielten wir aber niedrige Löhne, so werden wir noch exportfähiger.“

„Frankreich verdankt seinen Wohlstand zum größten Theil diesem Prinzip, die meisten Franzosen setzen sich schon mit 40 bis 50 Jahren zur Ruhe und schränken sich lieber ein, und machen der jüngeren Generation Platz, wodurch auch die Steuerkraft wesentlich erhöht wird.“

Welche Fülle nationalökonomischer Weisheit! Da soll nun gar glauben gemacht werden, es sei den Arbeitgebern „schließlich gleich, welchen Lohnsatz sie zahlen“. Es ist ein Nonsens sondergleichen, von Lohnsteigerung eine Vertheuerung der Waaren zu erwarten, zumal in einer Zeit, wo die Industrie beständig mit Absatzkrisen kämpft. Nicht nur die Produktionsfähigkeit, sondern auch die tatsächliche Produktion übersteigt bedeutend den Konsum, trotzdem können die Volksmassen ihren tatsächlichen Bedarf an diesen überproduzierten Gütern nicht befriedigen, weil es ihnen an Kaufkraft fehlt. Jede Lohnsteigerung erfolgt lediglich auf Kosten des Unternehmergewinns; sie bedeutet lediglich eine Erhöhung der Konsumfähigkeit. Jede solche aber hat eine erhöhte Produktion im Gefolge und diese bedeutet immer, wie die Erfahrung ja hinlänglich lehrt, eine Verbilligung der Produkte. Also nützen dem Arbeiter die höheren Löhne sehr wohl!

Gerzlich lachen mit uns werden unsere Leser über die Behauptung, daß, je höher die Maurerlöhne steigen, desto theurer die Neubauten werden, voraus nur die Häuserpekulanten Vortheil ziehen, weshalb diese auch die Streiklassen unterstützen!!!

Ist es denn möglich, daß so viel Bornirtheit in einem einzigen Menschenhirn sich zusammendrängt? Jetzt sind wir also schon zu einer förmlichen Ver schwörung der streikenden Maurer mit den Häuserpekulanten gekommen! Daneben hat unser Weiser entdeckt, daß ein Steigen der Maurerlöhne auch ein Steigen der Gebäudewerthe und der Miethen herbeiführt. Und würden alle Maurer umsonst arbeiten, die Gebäudpreise und Miethen würden deshalb doch um keinen Pfennig niedriger sein. Denn Gebäude und Wohnungen sind Spekulationsobjekte, die nicht immerfort beliebig vermehrt werden können, die vielmehr, wie Grund und Boden, immer nur in beschränkter Menge vorhanden sind; die Nachfrage nach Wohnungen, das mit der Bevölkerungszahl stets wachsende Bedürfnis nach Gebäuden bestimmt ihren wie den Grund- und Bodenwerth. Ein erhöhter Maurerlohn kann allerdings gleichbedeutend sein mit erhöhten Herstellungskosten, aber geradezu sinnlos ist es, daraus die Steigerung der Gebäudepreise und Wohnungsmiethen zu folgern.

Abfällig ist auch der Gedanke, „befalten wir niedrige Löhne, so werden wir noch exportfähiger“. Die ganze Rohheit des Unternehmer-Egoismus spricht aus diesen Worten, aber auch ein sehr hoher Grad von ökonomischer Unvernunft.

Die Nationalwirtschaft hat ihre sicherste Stütze immer in der Konsumfähigkeit der Massen, die sie betreiben. Der Exportfähigkeit zu Liebe die Löhne niedrig halten, das heißt in's eigene Fleisch schneiden. Einmal wird und muß auch die Exportfähigkeit ein Ende nehmen und dann ist der Bankrott der Nationalwirtschaft vollendet. Das Kapital darf nicht an Werth verlieren, die Unternehmerprofite dürfen nicht geschmälert werden, der Unternehmer muß mit 10 bis 50 Jahren sich zur Ruhe setzen können und Anderen Platz machen, die denselben Anspruch erheben — und deshalb dürfen die Löhne nicht steigen! Das ist denn doch eine manchesterliche Unversorenenheit, die ihres Gleichen sucht! Damit enthüllt der Eisen-Zeitungs-Mann die wahren Motive seiner Feindschaft wider die Streiks, die er so gerne für „Ordnungsliebe“ und Opposition gegen „revolutionäre“ Bestrebungen ausgeben möchte!

Kommen wir nunmehr zu seinem eigentlichen Versicherungsvorschlage. Er schreibt:

„Wir haben alle möglichen Versicherungen, aber eine Streikversicherung, welche Millionen von Menschen vor Schaden bewahrt, und namenloses Elend u. s. w. abwendet, noch nicht.“

„Es wird nun hohe Zeit, daß sich die Arbeitgeber endlich einmal zusammethun und eine derartige Versicherung in's Leben rufen, um sich und die Arbeiter nicht länger von den Sozialdemokraten und Spekulantentz. an der Nase herumzuführen zu lassen, umfomehr, als bei einer derartigen Versicherung nichts zu riskiren ist, da es den Arbeitern nicht mehr einfallen wird, zu streiken, wenn sie vorher wissen, daß sie den Arbeitgebern keinen Schaden zufügen.“

„Die Streiklasse oder Versicherung wird am besten wohl auf Gegenseitigkeit gegründet werden.“

„Der Zweck derselben ist, die ohne ihr Verschulden von dem Streik betroffenen Arbeitgeber vor Schaden zu schützen. Natürlich darf die Klasse nicht nazu benutzt werden, die Arbeiter zu drücken.“

„Als Streiker muß die Versicherung diejenigen Arbeiter betrachten, welche mit oder ohne Kündigung die Arbeit niederlegen, und als ihrem fernerem Verhalten herbeigehet, daß dieselben den Arbeitgeber nur dadurch zwingen wollen, sie selbst wieder zu höheren Löhnen zc. in Arbeit zu nehmen.“

„Vor allen Dingen gehört hierher, wenn die Arbeiter ohne entsprechende Arbeit, sich in der Nähe des bisherigen Arbeitsplatzes aufhalten.“

„Die versicherten Arbeitgeber wählen einen Verwaltungsrath von vielleicht 25 Mitgliedern; derselbe muß aus 2/3 der versicherten Arbeitgeber verschiedener Branchen bestehen, dieser von den Versicherten nach Verhältniß gewählte Verwaltungsrath entscheidet über Entschädigungen u. s. w. Wer mit den Beschlüssen zc. nicht einverstanden ist, kann sich an die Generalversammlung wenden, welche alle 1/2 Jahr zur Abstimmung der Beschlüsse und Vorschläge berufen wird.“

„Der Aufsichtsrath wird selbstverständlich den Schadenersatz so hoch bemessen, daß die Arbeiter den Arbeitgeber durch den Streik nicht schädigen, da die Arbeiter sonst desto eher wieder streiken, und dann die Versicherung nur noch schlechter wegkommt.“

„Bei nicht Uebereinkommen entscheidet die Generalversammlung.“

„Die Versicherung dauert vom 1. Mai bis folgenden 1. Mai und wird an diesem Tage die Haupt-Generalversammlung abgehalten.“

„Jeder Versicherte zahlt pro Jahr und Kopf einen vom 1. Mai bis zum 1. Mai durch die Generalversammlung festzusetzenden Betrag.“

„Von demselben muß eine von der Generalversammlung festzusetzende Summe dem Reservefonds überwiesen werden.“

„Müssen größere Entschädigungen gezahlt werden, so müssen alle Versicherten verhältnismäßig nachzahlen.“

„Auf Beschluß des Aufsichtsraths müssen alle Versicherten, je nach Verhältniß, Arbeiter auf den Streikplatz borgen, und eventuell Arbeiten übernehmen.“

„Arbeiter, welche seit Inseintritt in die Versicherung sich an Streiks betheilig haben, oder nachweislich hegen und wüßten oder nicht zur Anshilfe auf einen Streikplatz gehen wollen, dürfen von keinem Versicherten beschäftigt werden.“

„Bricht ein Streik infolge von Lohnreduktion aus, so wird den Arbeitgebern die Entschädigung für die Arbeiter, welchen der Lohn reduziert worden ist, erst von dem Tage an gezahlt, von welchem die Arbeitgeber den alten Lohn wieder geboten haben; ist aber der Lohn bereits länger als ein Jahr reduziert worden, so muß vom ersten Tage des Streiks Entschädigung gezahlt werden.“

„Bricht ein Streik infolge gesetzwidriger Behandlung der Arbeiter aus, so wird erst von da ab Entschädigung gezahlt, nachdem der Arbeitgeber die Versicherung abgegeben; die Uebelstände zu beseitigen, und die Arbeiter von der Versicherung aufgefordert sind, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

„Die Generalversammlung kann auf Antrag des Aufsichtsraths von Quartal zu Quartal die Mitgliedschaft kündigen, wenn Mitglieder durch ihr Verhalten die Arbeiter zu Streiks herausfordern.“

„Jeder versicherte Arbeitgeber ist verpflichtet, ein sogenanntes Aeltestenkollegium für die Arbeiter zu gründen.“

„Ein dementsprechendes Aeltestenkollegium für die Arbeitgeber soll gleichzeitig der Aufsichtsrath sein, an welchen sich die Arbeiter bei Differenzen wenden können.“

„Der Aufsichtsrath hat die Angelegenheit zu prüfen und die Arbeitgeber zur Rede zu stellen, event. zu bestrafen.“

„Die Arbeitgeber können bei der Generalversammlung darüber Abstimmung verlangen.“

„Ein Theil der Ueberschüsse der Versicherung sollte aber nur zur Wohlfahrts-Einrichtung und zu Prämien für gute Arbeiter, ferner zum Bau von Arbeiterwohnhäusern in der nächsten Nähe großer Städte benutzt werden, (da die Arbeiter in der Nähe großer Arbeitsfelder sich ruhig festlegen können).“

„Eine derartige Versicherung würde dann ein Segen für die gesamte Menschheit werden.“

„Ferne sei es von uns, den tragi-komischen Eindruck, den dieser Vorschlag auf unsere Leser machen muß, zu stören durch eine Kritik!“

Bereide und Versammlungen.

Lüneburg. Am 27. August fand hier eine öffentliche Tischlerversammlung statt, mit der Tagesordnung: Die Bestrebungen des Deutschen Tischlerverbandes und die der Innungen, speziell nach den Beschlüssen des Münchener Handwerkertages. Slo mke aus Hamburg referirte. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: „In Erwägung, daß, wenn die Bestrebungen der Innungen, wie solche in München zum Ausdruck gebracht sind, verwirklicht werden, alle Erungenschaften der neueren Zeit illusorisch gemacht würden, beschließt die Versammlung, daß diese Bestrebungen der Innungen als gemeingefährliche auf das Entschiedenste zu bekämpfen sind.“ Als zum Schluß noch ein Antrag, die Umkosten der Versammlung durch eine Tellerammlung zu decken, eingebracht und angenommen wurde, da erklärte der aussichtsführende Beamte, eine derartige Tellerammlung nicht dulden zu können. Als Slo mke den Vorschlag machte, von einer Tellerammlung Abstand zu nehmen und etwaige Beiträge zur Deckung der Kosten am Vorstandsstische abzugeben, erklärte der Beamte; auch dies

nicht dulden zu wollen. S i o m t e versuchte nochmals, dem Herrn Klar zu machen, daß die Zahlung eines freiwilligen Beitrages durchaus keine Kollekte sei. Bei dieser Belehrung gerieth der Herr Polizeisergent, der während der ganzen Versammlung schon eine ziemliche Nervosität gezeigt hatte, in eine derartige Aufregung, daß er die Versammlung zu schließen versuchte. Der Vorsitzende ließ sich jedoch dadurch nicht beirren und schloß die Versammlung selbst.

Schwerin. Wir sind in der Lage, den auswärtigen Kollegen „aus dem Lande der fetten Dänen“ wieder etwas echt „Mecklenburgisches“ melden zu können. Am 25. August sollte hier eine öffentliche Tischlerversammlung mit der Tagesordnung: „Zweck und Ziel unserer Organisation“ und „Verschiedenes“ stattfinden. Die Versammlung wurde aber von der Polizeibehörde verboten, und zwar, weil der erste Punkt der Tagesordnung zu „politisch“ und der zweite zu „allgemein“ sei.

(Bei einer solchen geistreichen und tiefkönnigen Verbotsbegründung seitens der Schweriner Polizeibehörde wundert es uns nicht mehr, daß beim dortigen Stadt-Wachtmeister eine Vereinsversammlung infolge eines offenen Fensters zu einer öffentlichen Versammlung wird. D. Red. d. „N. Tischl.-Btg.“)

Braunschweig. Bezugnehmend auf den in Nr. 35 dieses Blattes erschienenen Bericht von der hier selbst am 13. August stattgehabten allgemeinen Tischlerversammlung, sehen wir uns veranlaßt, eine genauere Darstellung dieser Versammlung wiederzugeben. Obgleich wir auch auf dem Standpunkt der Redaktion in Betreff des Verbandes stehen, halten wir es doch nicht für richtig, in einem Bericht eine solche Anzahl Bemerkungen zu machen, da doch der Redaktion die Spalten ihres Blattes zunächst zur Verfügung stehen, worin sie ihre Meinung über einen solchen Bericht aussprechen kann. Zunächst sehen wir uns genöthigt, einen Rückblick auf die Tischlerbewegung am Orte zu thun. Seit einem Jahre hat hier selbst keine öffentliche Tischlerversammlung stattgefunden, weil die Kollegen einsahen, daß eine solche nur die hier bestehende Organisation schädigt, denn die Versammlung endigte nur mit persönlichen Heftigkeiten indem der Eine die Interessen des Verbandes hoch hielt, suchte der Andere den Kollegen vom Beitritte abzurathen, womit man den Indifferenten ein schönes Ausrede-mittel zur Verfügung stellt, der Organisation nicht beizutreten. Schon längere Zeit gingen einige Kollegen mit dem Plane um, eine öffentliche Tischlerversammlung einzuberufen, um die hier selbst immer drückender werdende Lage einer Verbesserung zu unterziehen. Diefelbe fand nunmehr am 13. August statt. Kollege Klauke, welcher die Versammlung eröffnete und am Ende derselben gewählt wurde, erklärte, daß die Einberufung der Versammlung, den Zweck haben solle, unsere hiesige Lage zu besprechen, sowie die vom vorigen Jahre angenommenen Statistiken zu hören. Kollege S i o m m i c k ergriff zunächst das Wort. Derselbe behauptete, daß der hiesige Verdienst mit den Verhältnissen hier selbst keineswegs im Einklang stehe. Ihm sei es wunderbar, daß ein verheirateter Tischler mit diesem Verdienst sich über Wasser halten könne; es müsse unbedingt etwas zur Besserung geschaffen werden. Kollege B e c k e r verliest hierauf die von ihm speziell ausgearbeitete Statistik. (Diefelbe hier wiederzugeben, halten wir nicht für erforderlich, da dieselbe für die auswärtigen Kollegen von weniger Interesse ist; hervorheben wollen wir nur noch als Beitrag zur „Krone der Sozialgesetzgebung“, daß von den 741 Kollegen, auf die sich die Statistik erstreckte, nur 38 über 50 Jahre alt waren und nur einer davon das 70. Lebensjahr überschritten hatte.) Nach Verlesung derselben theilt er noch einige hiesige vorhandene Uebelstände mit, wonach unter Anderem ein hiesiger Tischlermeister zu zwei schon über 18 Jahre bei ihm arbeitenden Gesellen gesagt hat, sie wären ihm jetzt zu alt. Kollege B e c k e r bittet dann die Versammlung, heute etwas zu beschließen, was uns Allen zum Nutzen gereichen möge, ohne auf dem schon Bestehenden herumzureiten und zu nörgeln. Kollege T i a g g e s sucht die Nutzlosigkeit des Verbandes klar zu legen und weist auf den königlich-preussischen Gewerbeverein hin. Kollege S e n k p i e l erwidert hierauf, daß der Verband den Hamburger Kollegen zum großen Segen gereicht habe; ohne ihn hätten sie schwerlich das errungen, was errungen worden sei. Kollege Z i e l s d o r f meint auch, er sei ein, daß der Verband das nicht bezwecke, was man von ihm anfangs erwartet habe; den reisenden Kollegen helfe er wohl, aber die verheirateten hätten sehr wenig davon. Kollege B e c k e r erwidert hierauf, daß er nach wie vor auf dem Standpunkte der Centralisation stehe und dieselbe allem Anderen vorziehe; er ließe sich nicht leicht durch behördliche Maßnahmen irritiren. Nachdem die Diskussion geschlossen, wurden zwei gleichlautende Anträge angenommen, welche dahin zielen, eine Lohnkommission aus fünf Personen zu wählen, die ein Programm auszuarbeiten und sobald als thunlich eine öffentliche Tischlerversammlung vorzuliegen hat, in welcher Weise in den hiesigen Verhältnissen eine Aenderung vorgenommen werden könne.

Am 27. August fand nunmehr die betreffende Versammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission; 2. Die gewerbliche Lage der Tischler.

Wir hielten diese Form, unsere Ansichten über jenen Bericht auszusprechen, am geeignetsten, weil eine eingehendere Besprechung nicht in unserer Absicht lag. Uebrigens glaubten wir auch in der Wahl der Form für unsere Kommentare nicht beschränkt zu sein, und zwar um so mehr, weil wir betreffenden Bericht wörtlich aufgenommen haben. D. Red.

Die Annahme des Programms der Lohnkommission fand nach einigen Erläuterungen von Seiten der Kommission statt. Bei Festsetzung der freiwilligen Beiträge fand eine Debatte statt, und wurde schließlich ein Antrag angenommen, die Höhe des Beitrages nicht unter 10 % festzusetzen. Kollege B e c k e r meint hierauf, daß es doch den Verbandsmitgliedern gegenüber eine Ungerechtigkeit sei, zu verlangen, daß dieselben ebenso hohe Beiträge zahlen sollten, denn das könne doch Niemand bestreiten, daß für den Fall einer Arbeitseinstellung der Verband sehr gut seine Schuldigkeit thue, wie die Lohnkommission. Wären sich die 500 von Hamburg abgereisten Kollegen nicht bemüht gewesen, so lange Unterstützung zu leisten, bis sie wieder Arbeit erhalten, es wäre jedenfalls nicht die Hälfte abgerufen. Hierauf wurde ein Antrag eingebracht, welcher dahin lautete, daß für Verbands-Mitglieder ein andersfarbiges Papier zu 5 % anzuschaffen sind. Dieser Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. (Mitbin hat doch die öffentliche Tischler-Versammlung die Möglichkeit des Verbandes anerkannt. (Nun, 2. Berichterstatters). Ferner wurde den Kollegen anheimgegeben, an jedem Jahlabende in den Werkstätten einen Vertrauensmann zu ernennen, welcher die Beiträge zu übermitteln und etwaige in der Werkstatt herrschende Unregelmäßigkeiten der Kommission mitzutheilen hat. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde auf die sehr überhand genommene Nachfeierabend- und Sonntagsarbeit hingewiesen, welche namentlich in der Bau-Branche vorherrschend wäre, um dafür im Winter mehrere Wochen feiern zu müssen. Nicht immer solle man den ältesten Kollegen hierüber Vorwürfe machen, denn die Verhältnisse zwängen oft dazu. Ein anderer Redner meinte, daß die Gesetzgebung unbedingt hier eingreifen müsse, denn eine stramme Organisation hindere wohl ein kräftiges Umsichgreifen der Uebelstände, ermögliche aber nicht eine gänzliche Beseitigung derselben. Der Arbeitgeber, Kleinmeister sowohl wie Kapitalist, wäre der Konkurrenz wegen gezwungen, das zu thun, was Andere thun. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden zum festen Zusammenhalten und die künftigen Versammlungen ebenso gut zu besuchen, wie die beiden letzten, erfolgte Schluss. C. V. Leipzig. Längere Zeit haben wir nichts von uns hören lassen. Die Kollegen allerorts wurden glauben, da unser letzter Bericht zugleich Warnung vor Bezug enthielt, unser Tarif sei zur Durchführung gekommen. Trotzdem wir nur M. 18 Minimallohn und dementsprechende Akkordpreise, ferner 59 Stunden Arbeitszeit verlangen, erscheint es fast als ein Unding, diese winzigen Forderungen hier zur Geltung zu bringen. Allerdings nur infolge des großen Individualismus, welcher hier unter den Kollegen herrscht. Die nächste Versammlung nach unserem letzten Bericht saß: infolge schwachen Besuchs den Beschluß, nochmals Fragebogen auszugeben, welche u. A. die Fragen enthielten, wie sich der Meister zum Tarif stelle, und welche Gehälften den Tarif durchzuführen gedächten. Die Arbeitseinstellung war, wie vorauszu sehen, eine so geringe, daß sie jeder Beschreibung spottet; vor annähernd 280 in Leipzig und Umgegend befindlichen Werkstätten hatten nur 56 davon Gebrauch gemacht, die anderen aber aus purer Angst und Gleichgültigkeit es unterlassen, an ihre Arbeitgeber heranzutreten. Wie die Kollegen überall, so haben auch wir hier ebenfalls fast nur mit der Fassung zu kämpfen. So hatten auch nach den eingegangenen Fragebogen bei Bekanntgabe der erzielten Resultate, was wiederum eine Versammlung beanspruchte, nur 7 Innungsmeister den Tarif ganz bewilligt und 19 theilweise, hingegen nur wenige Nichtinnungsmeister sich geweigert, den Tarif zu zahlen. Einige Fragebogen enthielten die Bemerkungen, der Wunsch der Meister sei, man möge sich nochmals an die Innung resp. Obermeister wenden, zur Herbeiführung von Ueberhandlungen. Die Kommission, welche hiermit beauftragt wurde, unterzog sich nochmals dieser Maß, jedoch man wartet bis heute noch auf Antwort. Man sah es hier vor Augen, daß mit der Innung im Guten nicht zu unterhandeln war und doch bequeme man sich in der günstigen Zeit nicht dazu, in eine Lohnbewegung einzutreten. Unsere ausbleibenden Berichte bitten wir damit zu entschuldigen, weil man sich einer gewissen Scham, daß es um die hiesigen Tischlerverhältnisse so bestellt ist, hervorzurufen durch das traurige thätlose Verhalten der Kollegen, nicht enthalten konnte. Man ist hier bestrebt, durch Ueberstunden das zu erreichen, was andere Kollegen bei geregelter Arbeitszeit verdienen. Endlich, nach fünf-wöchentlicher Pause, fand am 26. August wiederum eine öffentliche Versammlung statt, nachdem wir vergeblich auf Antwort von der Innung gewartet hatten. Die Versammlung, welche trotz der wichtigen Tagesordnung nur schwach besucht war, gab damit wiederum ein Zeugniß von den besonnenen Tischlern in Leipzig, wie sie wohl nirgends als hier zu finden sind. Der Vertrauensmann gab der Versammlung die Abrechnungen der Ein- und Ausgaben von einem Jahre bekannt, die auch von den Revisoren als gewissenhaft geführt, bestätigt wurden. Der Kassenbestand weist zur Zeit nur M. 494.50 auf. Bedenke man, an 2000 Tischlergehülften am Plage und dieser Kassenbestand! Ein schöner Beweis, wie thätig die hiesigen Kollegen sind. An Anregungen hat es hier in keiner Versammlung gefehlt, anstatt es als Pflicht zu betrachten jede Woche zu steuern, bedarf es hier fortwährender Ermahnungen. Der zweite Punkt der Tagesordnung war, unsere Lage und Beschlußfassung, die Durchführung des Tarifs betreffend. Die Lage ist eine sehr trübe und doch sieht sich die Versammlung gezwungen, die Durchführung des Tarifs bis zum nächsten Frühjahr zu verlagern, infolge

der Theilnahmslosigkeit der hiesigen Kollegen und da die der Durchführung günstige Jahreszeit schon zu weit vorgeschritten ist. Ferner wurden die alterthümlichen und reaktionären Beschlüsse des hier tagenden fünften deutschen Tischlertages einer scharfen Kritik unterzogen, weil sich derselbe anmaßte, dem Arbeiter, ohne Rücksicht auf Alter, obligatorische Arbeitsbücher aufbürden zu wollen. Man erdreistete sich auch noch, zu schreiben: „Befriedigende Verhältnisse“ zwischen Arbeitgeber und Nehmer zu schaffen; dies sei geradezu als Hohn aufzufassen. Ueber diesen Tischlertag findet in nächster Zeit noch eine besondere Versammlung statt, über die wir näher berichten werden. Zum Schluss wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, den Tarif durchzuführen, sobald günstige Gelegenheit sich bietet. Sollte jedoch eine Werkstatt geschlossen sein, denselben schon jetzt zur Geltung zu bringen, dieser die Unterstützung nicht zu versagen und verpflichten sich sämmtliche Kollegen, dafür einzutreten.“

Technisches.

Zum Absprengen von Glasröhren empfiehlt die „Zeitschrift für analyt. Chem.“ die Sprungstelle durch einen Feilstrich kurz zu markiren, dann ringsum zu beiden Seiten Wülste von feuchtem Filterpapier (Wischpapier) anzulegen, welche 2-4 cm breit und etwa 1-2 mm hoch sind. Das Papier wird also in Streifen geschnitten und mehrfach übereinander umgewickelt, bis die Höhe erreicht ist. Dann soll die Stelle über einem Bunsen-Brenner oder einer Eichflamme unter Drehung erwärmt werden, worauf der Sprung ganz gleichmäßig und genau zwischen den beiden Papierwülsten erfolgt.

Literarisches.

Von dem im Verlage von W. K o h l h a m m e r in Stuttgart seit 1880 erscheinenden, bereits in fünf Abtheilungen (30 Hefen) weit vorbereiteten Journal für moderne Möbel, herausgegeben von praktischen Fachmännern, liegt uns ein neues Heft, das erste der letzten Abtheilung vor. Dasselbe enthält auf sechs Blättern die perspektivische Ansicht eines Wohnzimmers, Zeichnungen zu Buffet, Pfeilertisch, mit Konsolenschränkchen, Fenstervorhanggalerie und Divan mit Genuß- und Aufsätzen nebst genauen Details in natürlicher Größe, sowie einer Preisberechnung. — Im Gegensatz zu den für größere Möbelfabriken passenden, theueren Vorlagenwerken mit reicheren, aber auch sehr vielzigen Entwürfen dürfte sich dieses Journal besonders für denjenigen Handwerker eignen, welchem die Ausstattung der bürgerlichen und häuslichen Wohnung zufällt und welcher der künstlerischen Vorbild nicht mehr entzogen kann, seitdem der Zug der Zeit es verlangt, daß nicht bloß das Haus der „oberen B h a u s e n d“, sondern auch das des einfachen Mannes bis herab zum billigen häuslichen Möbel von einem Huch der Schönheit geabelt und das bescheidenste Heim dadurch anprechend und anheimelnd gemacht werde. Bei der Mannigfaltigkeit des Inhalts, der großen Zuverlässigkeit der Auf- und Grundrisse, und der nicht zu unterschätzenden Arbeitsvereinfachung durch die beigefügten Detailzeichnungen in natürlicher Größe und Preisberechnungen ist der Preis von M. 1.50 pro Heft ein billiger zu nennen. Die Hefen sind in jeder Buchhandlung zu haben und werden einzeln abgegeben, so daß keine Verpflichtung, eine größere Reihe von Heften zu beziehen, übernommen werden muß. Zu beziehen durch E. Jensen & Co., 36 Paulstraße, Hamburg. Soeben ist erschienen das 3. und 4. Heft von der „Französischen Revolution. Volksthümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789-1804.“ Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. (Stuttgart, Diep.)

Quittung

für im August eingesandte Abonnementsgelder:
Augsburg (St.) M. 2, Bamberg (?) 12, Baden-Baden (B.) 1, Barmstedt (St.) 2, Bremerhaven (Fachverein) 13, Bergedorf (St.) 16.80, Berlin (F.) 28.60, Barmen (B.) 2, Braunschweig (B.) 25.60, Coblenz (Sch.) 2, Crösslin (B.) 1, Celle (H.) 10.40, Darmstadt (G.) 19.80, Delmenhorst (B.) 8, Dresden (G.) 82.55, Dortmund (N.) 2.30, Schwege (B.) 5, Emben (B.) 9, Friburg (B.) 35.33, Flensburg (S.) 60, Freiburg i. Schl. (B.) 6.40, Derselbe 3.90, Frankfurt a. M. (N.) 32.50, Gera (G.) 26, Görlitz (S.) 14.60, Gotha (F.) 15.40, Hamburg (B.) 1, (L.) 3, (H.) 2, Hettstedt (Sch.) 6.60.
Für Pflichtexemplar vom 1. Juli 1885 bis dato 1888:
Izehoe (N.) M. 6.30, Mellen (F.) 2, Kaiserlautern (H.) 11.90, Miel (N.) 37, Magensfurt (Fachverein) 1.89, Nordorf (N.) 2, Leipzig (B.) 45.30, Leopoldshall (B.) 2, Ludwigshafen (G.) 4, Lüneburg (B.) 16.80, Lübeck (F.) 9.40, Luzern (S.) 12, Mannheim (N.) 4.90, Neumünster (N.) 2, Neustadt a. N. (D.) 4, Nürnberg (F.) 60, Oldenburg (B.) 14.70, Offenbach (N.) 21, Pforzheim (B.) 14.30, Prignitz (St.) 2, Rodewisch (N.) 3, Remscheid (H.) 1, Schmöln (N.) 5.20, Staffurt (N.), Sietlin (N.) 1, Veddel (B.) 2, Wesenberg (F.) 1, Würzen (B.) 25.90, Wilhelmsburg (N.) 2.
Beitrag für das Pflichtexemplar im ersten Quartal sandten ein: Uelsdorf, Diep, Greig, Hildesheim, Fürtch, Hettstedt, Johannegeorgenstadt, Altensmark, Kapzdorf, Köhlig, Lärchena, Offenbürg, Obergreiskau, Steinfischbach, Tharandt, Worms, Zangenberg.
Beitrag für das Pflichtexemplar im zweiten Quartal

landten ein: Aylsdorf, Altenstadt, Bötzingen, Buchheim, Bensheim, Breslau, Dessau, Eisenach, Elbingerode, Eisleben, Fachsenheim, Greiz, Gundelsheim, Hochstadt, Hamburg III, Herford, Hildesheim, Hettstedt, Johann-georgenstadt, Köstebrodä, Kiel, Stetsch, Kellheim, Kirn, Krauthausen, Langenberg, Lindenau, Pöhlitz, Süschena, Münster b. Soden, Müritsch, Nörthingen, Offenbach, Obernkirchen, Oranienburg, Plessingen, Pantow, Rudolfsstadt, Reichelsheim, Rheingönheim, Schleich, Saalfeld, Steinbüchel, Schweinfurt, Urbar, Wiesbaden, Weinheim, Wernigerode, Weissensee, Weissenheim, Worms, Zangenberg, Zülchow.

Betrag für das Pflichtexemplar im dritten Quartal landten ein: Aylsdorf, Altona, Achim, Breslau, Dessau, Dieburg, Feudenheim, Göttingen, Gaarden, Herford, Hildesheim, Kuchin, Langenberg, Lindenau, Lorch, Rodau, Naumburg, Neustadt bei Leipzig, Pasewalk, Penig, Saizungen, Spandau, Schwarz, Sieglitz, Urach, Weinheim.

Betrag für das Pflichtexemplar im vierten Quartal landten ein: Aylsdorf, Altona, Dieburg, Herford, Hildesheim, Langenberg, Rodau, Urach.

Briefkasten.

Drohe, H. R. Gute Hobelbänke liefert Herr H. Simstedt in Hamburg, Niedernstraße 123.

Worms a. Rh. Bis zum 1. Juli.
Karlruhe. Der Schreiner Heinrich Süß aus Graben befand sich bis vor Kurzem, laut Meldung bei der Krankenkasse, beim Schreinermeister Groß in St. Ludwig im Oberesäß; jetzt aber abgereist nach Basel. Wir bitten hiermit unsere Leser in der Schweiz, falls einer derselben Kenntnis vom Aufenthalt des betreffenden Süß erhält, davon Mittheilung zu machen an B. Loppert in Karlsruhe, Amalienstraße 16.

Ueckermünde, E. E. Fichtenholz kann man auf verschiedene Weise polirähnlich poliren. So z. B., indem man das Holz mit einer Beize färbt, die hergestellt wird durch Auflösen von 50 bis 60 Gramm Marron genanntem Anilinbraun in einem stillen lauwarmem weichem Regen- oder gekochtem Wasser. Ferner erhält Fichtenholz ein polirähnliches Aussehen, wenn man das fertig abgeputzte Holz zunächst mit Oel schleift, dann mit einer mit hellrothem Sandel geärbten Politur im Grund polirt und darauf die ganze Fläche, unter Benutzung eines etwas struppigen Pinsels, mit einer dunkelbraunen Beize überstreicht. Nachdem die Beize gut eingetrocknet, schleift man mit einem feinen Filz und Oel die Fläche leicht ab und polirt mit gewöhnlicher Politur fertig. Dieses Verfahren erfordert etwas mehr Arbeit, als das erstere, hat aber auch den Vortheil, ein weit schöneres Produkt zu ergeben.

Waltershausen. Bezahlt bis 1. April.
Garstedtsfelder, F. E. u. S. W. Sie haben bei der Post abonniert; da können wir nichts ändern, wenn Sie eine Nummer nicht erhalten. Geben Sie uns Ihre Adresse an, dann senden wir Ihnen die betreffende Nummer zu.

Anzeigen.

Adressen von Zahlstellen des Deutschen Tischlerverbandes und von Tischler-Fachvereinen.
Pforzheim. Ph. Roth, Bevollmächtigter, Gymnasiumstraße 19. Joh. Debus, Kassirer, Alst. Kirchweg 16. Reiseunterstützung wird ausbezahlt vom Schriftführer Otto Garzhorn, Lammstraße 10. Arbeitsnachweis und Verkehrslokal befindet sich „Brauerei Hof“, Lammstraße 13.

Ehren-Erklärung.

Ich erkläre die von mir gemachte Aussage gegen den Bevollmächtigten der örtlichen Verwaltungsstelle Plauen bei Dresden, Gustav Neumann, für unwahr, indem es sich herausgestellt hat, daß diese unerhörte Verleumdung erfunden war.
Plauen, den 2. September 1888.
Bruno Gühre, Tischler.

Zur Beachtung.

Alle diejenigen welche in der Lage sind, uns den Aufenthalt des künftigen Richard Julius Nathmann früher in Lübau, jetzt auf Wanderschaft, anzugeben, werden erachtet, solches umgehend thun zu wollen, da Nathmann in einer Klage Sache unsererseits als Zeuge geladen werden soll.
Hamburg, den 14. September 1888.
Der Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler etc.
G. Blume, 1. Vorsitzender.

Nach Brasilien

werden in eine Möbelfabrik bei freier Passage gesucht: Einige Möbelschreiner auf seine Arbeit, einige Bauerschreiner, wovon einer im Treppenbau tüchtig ist, 1 Holzdrechser und 1 Stuhlmacher für bessere Arbeit. Reflektirende wollen ihre Adresse unter der Aufschrift „Nach Brasilien“ an die Exped. d. Bl. gelangen lassen.

Abrechnung über die Lohnbewegung der Tischler Bremens 1888.

Einnahme. A.	
Auf Sammellisten	M. 862.85
von den Maurern Bremens	50.—
„ „ „ Schneidern	14.40
„ „ „ Schuhmach.	1.50
„ „ „ „ Nistenmach.	7.65
Von der Vereinigung der Maler	100.—
„ „ „ Schiffbauer	50.—
Unbekannt	30.—
Von den Tischlern in Ottenen:	30.—
„ „ „ Lübeck	20.—
„ „ „ Schwerin	7.—
„ „ „ Neumärker	15.—
„ „ „ Delmenhorst	5.50
„ „ „ Oldenburg i. Gr.	38.77
„ „ „ Neu Vienburg	10.—
„ „ „ Offenbach	10.—
„ „ „ Wandsbeck	50.—
„ „ „ Fürth	20.—
„ „ „ Verden	19.80
„ „ „ Regensburg	15.—
„ „ „ Augsburg	20.—
„ „ „ Liegnitz	10.—
Summa	M. 1387.47

Einnahme. B.	
Der Kommission zur Regelung von Lohnstreitigkeiten:	
In öffentlichen Versammlungen	M. 83.63
Für Quittungsmarken	175.50
Durch Vergütungen und sonstige Einnahmen	10.70
Für die Hamburger Kollegen in der Fachvereinsversammlung gesammelt	53.50
Für die Hamburger Kol. auf Sammellisten	88.70
Auf Verstattdelegirten-Bücher	171.30
Summa	M. 584.33
Gesamte Einnahme: A. M.	1387.47
B. „	584.33
Summa	M. 1971.80

Ausgabe. A.	
Unterstützung 1. Woche	M. 203.50
„ 2. „	103.—
„ 3. „	277.50
„ 4. „	258.—
„ 5. „	209.—
Summa	M. 1051.—
Für Verwaltung, Material und Porto	M. 149.60
Drucksachen	74.50
Inserate in den „Bremer Nachrichten“, „Volkblatt“, „Courier“	50.35
tägliche Ausgabe an Posten-Verzehrung	27.85
An durchreisende Kollegen	51.10
„ abreisende	48.—
Summa	M. 1472.40

Ausgabe. B.	
Der Kommission zur Regelung von Lohnstreitigkeiten:	
Für 800 Stück Quittungsmarken	M. 10.—
„ 10000 Stück Quittungsmarken	13.50
„ ein Referat in öffentlicher Versammlung	12.—
„ Inserate im „Nordd. Wochenblatt“ und den „Bremer Nachrichten“	7.85
„ Material und Porto	9.55
„ zwei öffentliche Versammlungen abgehalten, Verzehrung	1.—
An Dube für Bücher und Porto	4.—
Für Massen- und Verstattdelegirten-Bücher	13.25
Nach Hamburg in vier Raten	292.80
Summa	M. 363.95

Gesamte Ausgabe: A. M.	1472.40
B. „	363.95
Summa	M. 1836.35
Bilanz.	
Einnahme	M. 1971.80
Ausgabe	1836.35
Ueberschuß Summa	M. 135.45

Oswald Röhniß, Leitung. Heinrich Schmidt, Kassa.
Die Richtigkeit obiger Abrechnung beglaubigen:
D. Luas. J. N. Abildgaard. G. L. Michel. W. Schumacher.

Unsere Freunde und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß wir Unterzeichneten unter der Firma
Ad. Irrgang & Co.
am hiesigen Orte eine **Pianoforte-Fabrik** errichtet haben.
Wir empfehlen unsere sauber und solid gefertigten Pianos in antiker Arbeit, Nußbaum, sowie in allen anderen gewünschten Holzarten, zu soliden Preisen bei prompter Bedienung,
Ad. Irrgang, H. Noeske, C. Baresel.
Berlin, Alexandrinenstraße 27.

Warnung!
Hierdurch warnen wir die Arbeiter allerorts vor dem Tischler Forwitz (Buch Nr. 11582). Derselbe ist hier aus dem Verbands deutscher Tischler wegen Unterschlagung von M. 50 Unterstützungsgeldern ausgeschlossen und hat nun unter Mitnahme von neuen Sammellisten für streikende Tischler (Nr. 1680, 1683, 1725, 1726, 1728, 1729, 1730, 1731 und 1732) Hamburg verlassen. Jedenfalls treibt derselbe unter Benutzung der Sammellisten in Kollegenkreisen sein sauberes Handwerk weiter. Wir bitten dringend, uns von dem Aufenthalt des Forwitz umgehend zu benachrichtigen, eventuell ihm die Sammellisten abzunehmen und an uns einzusenden.
Die Lokalverwaltung der Filiale Hamburg des deutschen Tischlerverbandes.
J. A. G. Somke, Bevollmächtigter,
Pl. Drehbahn 40.

Ver spätet.
Unserem bisherigen Kassirer, Kollegen Ferdinand Schulz, bei seiner Abreise nach Hamburg ein herzliches Lebewohl.
Die Mitglieder des Tischler-Vereins zu Celle.
Den Kollegen Deutschlands bringen wir unsere Grüße, bei Herrn Knopp, in empfehlende Erinnerung und erhalten hier die dort zugereisten Kollegen freies Nachtquartier und Kaffee.
Der Vorstand des Tischler-Vereins zu Celle.

Bremen.
Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
Am Sonnabend, den 22. September 1888:
Großer Ball
verbunden mit Konzert und Theater, zum Besten des Invalidenfonds. Anfang 8 Uhr. Herrentafel 75 Z.
Das Comité.

Universal-Tischleröfen D. R. P.
welche die Hölzer gleichmäßig austrocknen, die Zulagen gleichmäßig erwärmen, den Leim im heißen Wasserbade kochen und zum sofortigen Leimen warm halten, sowie die Werkstätten heizen und ventiliren; das Beste, was in Tischleröfen existirt; von höchster Bedeutung für alle Holzbearbeitungsbranchen.
Wärmflasche, Leimkoch- u. Leimwärmapparate mit heißem Wasser, Anlagen von Trockenkammern und Werkstättenheizungen durch Centralheizungen, empfiehlt in solidester Ausführung.
J. W. Press, Blasewitz-Dresden.

Fachschule für Tischler
Roda, S.-A. (früher Sulza)
Dir. Scheerer.

Ausgewählte Rezepte
über das Beizen, Poliren, Lackiren, Schleifen etc. von Holz, Bein etc., nebst Anhang allgemein bewährter Fach-Rezepte. Ein nützliches Handbuch für Tischler, Drechsler.
Preis M. 2.—, gebunden M. 2.50.
Gohlis-Leipzig, Halle'sche Str. 42.
Selbstverlag des Verfassers:
Rich. Altwitz.

M Gegen monatliche Ratenzahlung à 3 Mk.
gebe ich an folbte Leute das bekannte großartige Prachtwerk
Meyer's Konversations-Lexikon
neueste IV. Auflage, 16 Bände, elegant gebunden, à 10 Mk., mit Atlas, 3000 Abbildungen im Text, 500 Tafeln über Kunstgewerbe und Industrie und 80 künstlerisch ausgeführte farbige Chromotafeln. Die Zusendung der erschienenen Bände erfolgt direkt per Post. Noch nie hätte ein solches Werthobjekt unter so günstigen Bedingungen abgegeben worden sein.
Bestellungen nimmt nur die Expedition dieser Zeitung entgegen.
C. Bolm's Militär-Buchhandlung, Düsseldorf, Fürstenwall 86.

Städtische Tischlerschule — Neustadt in Mecklenburg.
Bau- und Möbeltischler.
Weitere Auskunft ertheilt: Direktor Jenßen.